

Eine Gesellschaft, die etwas auf sich hält, kümmert sich besonders um diejenigen, die sich nicht mehr oder noch nicht selbst helfen können. Das sind Alte, zumeist Hochbetagte, und Kinder. Sie tut das nicht in erster Linie aus Nutzenerwägungen oder aus der Überlegung heraus, dass ja jeder von uns jederzeit in die Lage der Hilfsbedürftigkeit geraten kann. Vorrangig ist vielmehr die Überzeugung, dass kein Mensch zurückgelassen, ausgestoßen oder beiseitegeschoben werden darf.

Eine verzerrte Armutsdiskussion

Dieser Vorsatz hat in einer stark alternden und schrumpfenden Gesellschaft seine Brisanz nicht eingebüßt. Wenn wir uns vor Augen führen, dass die Gruppe der über 65-Jährigen im Jahr 2050 doppelt so groß sein wird wie die Gruppe der unter 20-Jährigen, dann wird deutlich: Unsere Gesellschaft wird nicht nur von einem gewaltigen Fachkräftemangel betroffen sein, sondern auch davon, dass die Lasten der sozialen Sicherung sich auf weniger Schultern verteilen werden. Schon allein deshalb ist die Förderung von Kindern und Jugendlichen ökonomisch vernünftig und sozialpolitisch sinnvoll. Sie bleibt aber in erster Linie eine Werteentscheidung zugunsten jeder einzelnen Person: Jeder Mensch ist gleich *wert-voll*. Es muss darum gehen, dass jeder – unabhängig von Herkunft und Vermögen – entsprechend seiner Begabung und seinen Anstrengungen die reale Chance hat, seinen angemessenen Platz in der Gesellschaft zu finden.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung der Armutsbetroffenheit, die oft als „Infantilisierung der Armut“ bezeichnet wird, umso erschreckender. Es dürfte sie in einem insgesamt wohlhabenden Land eigentlich nicht geben. Das beschämende Problem der Kinderarmut ist allerdings nicht neu. Wer sich an die unsterblichen Romangestalten von Charles Dickens – an Oliver Twist, David Copperfield und Ebenezer Scrooge aus der *Weihnachtsgeschichte* – erinnert, der weiß, dass die industrielle Entwicklung und damit der Reichtum des neunzehnten Jahrhunderts zu einem Gutteil ihr Kapital aus Arbeit und Armut der Kinder schlug. Kindheit in unserem Sinne – eine behütete Phase am Beginn des Lebens – war unbekannt. Kinderelend war die Regel. Daraus erwuchs der wesentliche Impuls für die christliche Sozialbewegung. Noch heute ist die Situation in vielen Schwellenländern ähnlich bedrückend, wenn nicht noch bedrückender als in den scheinbar längst historischen Romanen von Charles Dickens.

Heute gilt nach den Maßstäben von UNICEF als armutsgefährdet, wer netto über weniger als sechzig Prozent des mittleren Pro-Kopf-Einkommens verfügt (Median). Somit sind zwischen 2,2 und 2,5 Millionen Kinder in Deutschland arm oder armutsgefährdet. Deutschland steht mit diesen Zahlen im internationalen Vergleich zwar im Mittelfeld, diese Tatsache an sich ist jedoch nicht beruhigend, sondern bleibt äußerst problematisch.

Die notwendige intensive Beschäftigung mit den Ursachen von Kinderarmut wird durch eine verzerrte Wahrnehmung des Problems in der Öffentlichkeit erschwert. Dies hat etwas damit zu tun, dass Ausmaß und Ursachen von Armut in verschiedenen Studien unterschiedlich eingeschätzt werden: In der Öffentlichkeit wurden kürzlich die Ergebnisse einer OECD-Studie diskutiert, nach der Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland gestiegen sind. Das Zahlenmaterial stammt allerdings aus den Jahren 2000 bis 2005. Eine andere Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit Daten bis ins Jahr 2007 spricht hingegen von einem Rückgang der Armut um 1,2 Millionen Menschen in den letzten Jahren. Diese Zahlen sind plausibel angesichts des Konjunkturaufschwungs seit 2005 und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit um 1,6 Millionen. Ich stimme in diesem Zusammenhang dem Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, Georg Cremer, ausdrücklich zu. Er warnt vor einer undifferenzierten Diskussion der Armutsproblematik. Cremer betont: „Wenn die weiterhin breite Mittelschicht eines reichen Landes sich in den Wahn hineinsteigert zu verarmen, ist dies verheerend für die, die wirklich arm sind.“ Als Konsequenz würde dann die politische Bereitschaft schwinden, die wirklich armen Menschen für ein würdevolles Leben zu unterstützen.

Aus diesem Grund sollte auch die CDU der Meinung energisch entgegenwirken, eine Mehrheit der Bevölkerung sei dauerhaft bedürftig und auf Fremdhilfe angewiesen. Eine solche Auffassung entspricht nicht dem christlich-demokratischen Bild vom Menschen. Danach ist der Einzelne in erster Linie selbst für seine Ressourcen, Chancen und Möglichkeiten verantwortlich. Hilfe ist immer Hilfe zur Selbsthilfe.

Der Staat kann nicht die gleichen Lebensverhältnisse für alle garantieren. Seine Verantwortung beginnt erst dort,

wo Kinder in eingeschränkten Verhältnissen aufwachsen, sodass sie ihre Talente ungenügend entfalten und Lebensperspektiven nicht entwickeln können.

Grundmuster der Kinderarmut

Statt aufgeheizter öffentlicher Debatten um die Bewertung der Armut sollte es zunächst um eine nüchterne Analyse der Ursachen gehen. Anschließend können dann zielgerichtet Instrumente abgeleitet werden. Ein Blick in die Risikogruppen verdeutlicht die gesellschaftlichen Grundmuster, die sich hinter dem Problem der Kinderarmut verbergen. Kinder sind von einem erhöhten Armutsrisiko vor allem dann betroffen, wenn sie in Haushalten von Alleinerziehenden (rund 800 000 Kinder), in kinderreichen Familien (400 000) oder in Familien mit einem Migrationshintergrund (520 000) leben.

Es sind vor allem drei Gründe, weshalb sich Kinder in Deutschland in Armut befinden:

- Kinder leben in Armut, weil ihre Eltern keine Arbeit haben.
- Kinder leben in Armut, wenn sie in kinderreichen Familien aufwachsen, in denen die Eltern Mühe haben, genügend Einkommen für mehrere Kinder zu erarbeiten.
- Kinder bleiben in Armut, wenn sie keine Chance auf Bildung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit bekommen.

Die Ursachen verdeutlichen: Es ist nicht allein das fehlende Geld, sondern es sind darüber hinaus schwierige Rahmenbedingungen im familiären Umfeld, weshalb Kinder in Armut aufwachsen. In der UNICEF-Studie zur Lage von Kindern in Deutschland wird ein mehrdimensionaler Ansatz entwickelt, der in der Beschreibung der Ressourcen und Chancen der Kinder die vielschichtigen familiären Lebenslagen abbildet: Im Ergebnis wird Armut damit nicht auf unzureichende finanzielle Mittel verkürzt. Aufgezeigt werden Entwicklungsdefizite bei armen



*„Es ist nicht allein
das fehlende Geld,
sondern es sind darüber
hinaus schwierige
Rahmenbedingungen,
weshalb Kinder
in Armut aufwachsen.“*

© picture-alliance/ZB,
Foto: Patrick Pleul

Kindern und Jugendlichen, gesundheitliche Probleme, soziale Benachteiligungen, emotionale Instabilität und Verhaltensauffälligkeiten sowie mangelnde schulische Leistungen. Es sind somit in erster Linie fehlende Teilhabechancen, die Kinder in ihrer Entwicklung bremsen und ihnen die Zukunft verbauen.

Erforderliche Hilfsnetzwerke

Die Beschreibung zeigt: Kinderarmut hat viele Gesichter – sie ist vielfältig und komplex. Schon allein deshalb helfen weder Patentrezepte zur Bekämpfung von Kinderarmut, noch reichen Sofortprogramme aus. Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, mit einer möglichst großen finanziellen Umverteilung das Problem lösen zu können. Ein Konzept, das auf Ressourcen und Lebenslagen von Kindern aufbaut, braucht einen vielschichtigen Ansatz auf möglichst vielen Feldern: Arbeitsmarktpolitik, Familien- und Bildungspolitik, Gesundheitspolitik und natürlich auch Steuer- und Finanzpolitik. Erforderlich sind hierzu starke Partner aus Wirtschaft und Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Kommunen. Familien in schwierigen Verhältnissen brauchen Netzwerke. Die

vielerorts in den letzten Jahren entstandenen „Lokalen Bündnisse für Familie“ sind hier ein Zeichen der Ermutigung. Nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung kann das Problem der Kinderarmut bewältigt werden.

Es ist allerdings ein Irrglaube zu meinen, die Politik sei in der Lage, die Armut endgültig zu beseitigen. Politik kann zur Reduzierung des Armutsrisikos lediglich die Rahmenbedingungen beeinflussen. Entscheidend ist, die Eltern in die Lage zu versetzen, für ihre Familie selbst sorgen zu können. Starke Familien brauchen starke Eltern. Ein Politikmix setzt vor allem an drei Maßnahmen an: *Erstens* gilt es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, *zweitens* Bildung auszubauen, und *drittens* müssen Geldleistungen wirksamer gestaltet werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Nicht Kinder machen arm, sondern Kinder leben in Armut, wenn die Eltern keine oder nur eine unzureichende Arbeit haben. Wir brauchen daher familienfreundliche Arbeitsbedingungen, die es Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, ermöglichen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Dazu gehört zum einem der

Ausbau der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit dem Kinderförderungsgesetz werden bis zum Jahr 2013 für fünfunddreißig Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze geschaffen. Neben der Zahl der Plätze geht es auch um die Qualität der frühkindlichen Bildung. Viele Eltern brauchen eine flexible Kinderbetreuung, wünschen sich aber für ihre Kinder auch eine familiennahe Atmosphäre. Das ist die Stärke der Kindertagespflege. Es ist das Ziel der Bundesregierung, dreißig Prozent der Plätze durch die Tagespflege abzudecken. Darüber hinaus müssen wir die Qualifizierung der Erzieher/-innen und Tageseltern vorantreiben sowie Qualitätsstandards entwickeln.

Zurbesseren Vereinbarung gehört zum anderen die Unterstützung für Mütter und Väter, die sich im beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienphase befinden. Es kann nicht sein, dass die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit deshalb scheitert, weil bei einer Bewerberin oder einem Bewerber Kinder vorhanden sind. Unternehmen müssen eine größere Flexibilität gegenüber Eltern und mehr Einfallsreichtum zeigen. Eltern müssen Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Das stellt auch Anforderungen an die Arbeitszeitgestaltung. Hier beweisen immer mehr Unternehmen, was bei gutem Willen möglich ist. Ebenso überzeugen die Beispiele von Unternehmen, die sich bei der Schaffung von Krippenplätzen, bei der Organisation von Ganztagsbetreuung und bei der Ausstattung von Kindertagesstätten direkt, auch finanziell, engagieren. Sie erzielen damit einen doppelten Nutzen, denn dem Unternehmen ist gedient, wenn Mitarbeitende sich stressfrei um ihren Job kümmern können, weil sie den Nachwuchs in guten Händen wissen.

Bildung ausbauen

Es muss darum gehen, die Bildungschancen von Kindern zu verbessern. Bil-

dung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wer arm ist, hat deutlich schlechtere Bildungschancen. Nur wenn bereits von klein auf gute Bildungsangebote bestehen, können die Vererbung von Generation zu Generation und der Teufelskreis von Bildungsarmut und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen durchbrochen werden. „Bildung für alle“ sollte, so Bundeskanzlerin Angela Merkel, das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft in Zeiten der Globalisierung sein. Nur durch Bildung erhält jeder die faire Chance, etwas aus sich zu machen. Für Kinder aus armen Familien bedeutet dies, ihnen eine Tür zu Bildung, zu Sprache und Teilhabe an der Gesellschaft zu öffnen. Das ist der einzige Weg: Indem sie selbst eine gute Schullaufbahn einschlagen, einen Beruf finden und ausüben, können sie in der nächsten Generation ihre Kinder dann aus eigener Kraft ernähren und unterstützen. Deswegen kann die Durchführung eines Bildungsgipfels durch Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten entgegen aller öffentlichen Kritik als entscheidender Schritt bewertet werden. Es muss darum gehen, alle politischen Ebenen in ihrer Verantwortung zusammenzubringen und gemeinsam Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Maßnahmen zur Förderung der Bildung beginnen im frühkindlichen Bereich – einem Bildungsort, der viele Jahre von der Politik vernachlässigt wurde. Von Bedeutung sind auch Maßnahmen im Übergang zwischen Schule und Beruf: Das Projekt „2. Chancen“ eröffnet Schulverweigerern die Möglichkeit, einen Abschluss noch zu erreichen. Schließlich ist es auch ein ermutigendes Signal, dass in diesem Jahr ausreichend Ausbildungsplätze vorhanden sind.

Geldleistungen wirksamer gestalten

Deutschland ist in Europa an der Spitze bei der Zahlung von Geldleistungen an die Familie. Insgesamt geben wir über

110 Milliarden für eine Vielzahl familienbezogener Einzelmaßnahmen aus, etwa 44 Milliarden davon für die reine Familienförderung.

Das Geld hat seine Berechtigung: Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld und Elterngeld reduzieren die relative Einkommensarmut von Familien deutlich. Doch mehr Geld allein löst das Problem nicht. Statt lediglich auf Umverteilung zu setzen, müssen wir verstärkt gezielte Hilfen für Familien geben. Finanzielle Unterstützung benötigen insbesondere die Familien, die aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt trotz Erwerbsbeteiligung nicht bestreiten können. Mit dem Elterngeld erhalten junge Eltern direkt am Anfang nach der Geburt des Kindes finanzielle Hilfen. So bricht das Einkommen nicht gerade dann weg, wenn es am stärksten gebraucht wird. Für Mütter und Väter wird es einfacher, vorübergehend ganz oder auch nur teilweise auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten und so mehr Zeit für die Betreuung des Kindes zu haben. Besonders Geringverdiener profitieren vom Elterngeld. Bei ihnen wird die Höhe des Elterngeldes erheblich angehoben – auf bis zu hundert Prozent des vorherigen Nettoeinkommens. Hiervon profitieren rund zwanzig Prozent der Familien (Quelle: Statistisches Bundesamt 2008).

Ein anderes Instrument, der Kinderzuschlag, hilft gezielt den Familien, deren Eltern nur über ein kleines Einkommen verfügen, sodass sie zwar für sich, nicht aber für ihre Kinder das Existenzminimum erreichen. Diesen Familien und gerade kinderreichen Familien kommt der Kinderzuschlag zugute. Er verhindert, dass die Familien in Hartz IV abrutschen, nur weil sie Kinder haben. Künftig ist es möglich, diesen Zuschlag nicht nur zeitlich befristet, sondern auch über sechs- und dreißig Monate hinaus zu beziehen.

Darüber hinaus wurde der Berechtigtenkreis für den Kinderzuschlag erweitert und das Antragsverfahren vereinfacht. Ab 2009 werden mit der neuen Regelung 106 000 Familien und 250 000 Kinder erreicht. Ab dem 1. Januar 2009 ist darüber hinaus die Erhöhung des Kindergeldes vorgesehen. Studien haben gezeigt, dass das Kindergeld etwa ein Drittel der durchschnittlich anfallenden Aufwendungen für ein Kind ausgleicht. Vorgeesehen ist eine nach der Zahl der Kinder gestaffelte Kindergelderhöhung. Wer drei oder mehr Kinder hat, der verfügt schlicht über ein sehr knappes Haushaltsbudget, obwohl er sich ein eigenes Einkommen erarbeitet.

Strukturelle Probleme werden nicht im Handstreich bewältigt. Dazu bedarf es eines langen Atems. Wir werden deshalb auch das Problem der Kinderarmut nicht von heute auf morgen lösen können. Politische Diskussionen müssen differenziert geführt werden. Die vielschichtigen Lebenslagen der Familien sind dabei zu berücksichtigen. Pauschale, oft gut gemeinte Vorschläge helfen hier wenig weiter. Ein Konzept mit verschiedenen und aufeinander abgestimmten Maßnahmen wird dem Problem eher gerecht.

Dabei bleibt uns als Leitfrage zukünftiger Politik erhalten, ob Rahmenbedingungen für Familien in der Vergangenheit falsch gestaltet waren und ob strukturelle Benachteiligungen von Kindern und Familien weiter vorhanden sind. Nur wenn wir Eltern wieder in die Lage versetzen, mit ihrem Erwerbseinkommen zunächst selbst für ihre Familie zu sorgen, werden wir den Teufelskreis von Armutskarrieren durchbrechen können. Die hier genannten Instrumente setzen an den Ressourcen der Familien an. Verbesserte Bildung schafft Teilhabechancen. Das ist letztlich der Königsweg zur Bekämpfung der Kinderarmut.